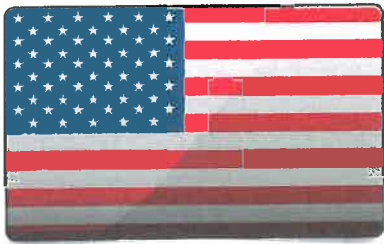


TRANSATLANTIC TRADE AND INVESTMENT PARTNERSHIP



Angriff auf unsere Demokratie?

Die Idee ist so alt wie der Handel selbst – ein freier Warenverkehr über die Ländergrenzen hinweg. Bei den derzeitigen Verhandlungen des Freihandelsabkommens TTIP zwischen EU und den USA gibt es noch Klärungsbedarf, wie auch Dr. Thilo Bode (Foodwatch) und Manfred Nüssel (Deutscher Raiffeisenverband) im Interview deutlich machen.

1. Das auszuhandelnde Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA sorgt für heftige Diskussionen. Hat Europa mehr zu verlieren oder mehr zu gewinnen?

Bode: Selbst optimistische Schätzungen gehen von eher überschaubaren wirtschaftlichen Impulsen durch TTIP aus. Die Streichung eines einzigen Feiertages hätte wohl einen ähnlichen Effekt. Das Problem ist: Den eventuellen positiven wirtschaftlichen Effekten stehen enorme Risiken gegenüber. Das Abkommen ist in der geplanten Form eine ernste Bedrohung für unsere Demokratie. Aber darüber wollen die TTIP-Befürworter aus Politik und Wirtschaft nicht reden.

Nüssel: Ich gehe davon aus, dass die EU-Kommission mit ihren Partnern aus den USA ein ausgewogenes Abkommen aushandelt, das für die EU unter dem Strich deutliche Vorteile im transatlantischen Handel bringen wird. Ich sehe dann gute Absatzchancen für deutsche und europäische Agrargüter in den USA. Wir dürfen den globalen Kontext nicht außer Acht lassen: Wenn die USA und die EU nicht zu mehr Gemeinsamkeit kommen,

drohen sie angesichts der Entwicklungen in Asien künftig an den Rand des weltwirtschaftlichen Geschehens zu geraten.

2. Wo liegen die „Knackpunkte“ aus Sicht der deutschen Agrar- und Lebensmittelwirtschaft, Stichwort „Außenschutz“?

Bode: Die exportorientierte deutsche Agrar- und Lebensmittelwirtschaft hat ein großes Interesse, weitere Absatzmärkte zu erschließen und gleichzeitig sich zu Hause gegen Konkurrenz zu wehren. Und an den prall gefüllten Subventionstöpfen für die Landwirtschaft soll durch TTIP natürlich bitte auch nicht gerührt werden.

Nüssel: Die größte Bedeutung hat der Außenschutz für die EU noch bei Rindfleisch. Wir streben die Einstufung als sensibles Produkt in den Verhandlungen an, damit ein angemessener Außenschutz in diesem Bereich erhalten werden kann. Umgekehrt hat die EU im Milchbereich offensive Interessen. Hier würde ein Abbau der vielfach noch hohen US-Zölle europäische Exporte von Milchprodukten erleichtern. Ansonsten sind die größten Knackpunkte bei den verschiedenen

Im Interview



Dr. Thilo Bode
Geschäftsführer
bei Foodwatch

Manfred Nüssel
DRV-Präsident

Agrarprodukten die unterschiedlichen Standards, die die USA und die EU anwenden. Beide Seiten haben bislang bekräftigt, dass sie von ihren Standards nicht abgehen wollen.

3. Welche Forderungen müssen für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit erfüllt werden?

Bode: Niemand hat etwas dagegen, wenn EU und USA sich darauf einigen, Zölle zu senken oder technische Handelshemmnisse abzubauen. Das könnte den Handel und die Wettbewerbsfähigkeit stärken. Aber darum geht es bei TTIP nur am Rande. Das Abkommen greift massiv in die Gesetzgebung ein. Foodwatch ist überhaupt nicht gegen Freihandel – aber wir wehren uns gegen den Angriff auf unsere Demokratie durch TTIP.

Nüssel: Bei den angestrebten Erleichterungen im Handel kommt dem Abbau nicht tarifärer Barrieren eine große Bedeutung zu. So führen unterschiedliche Zulassungsverfahren in der EU und den USA in den exportierenden Unternehmen zu erheblichen Kostenbelastungen. Wichtig ist deshalb, dass man sich bei den Verfahren für die Importzulassung von Produkten und Betrieben auf klare und transparente Abläufe zwischen den beteiligten Behörden verständigt. Ansonsten bin ich hinsichtlich der Wettbewerbsposition der EU-Land- und Agrarwirtschaft durchaus optimistisch, denn Lebensmittel aus der EU sind weltweit gefragt, weisen hohe und verlässliche Qualitäten auf und genießen ein hervorragendes Image.

4. Sind Sie der Meinung, dass der Einfluss der Lebensmittelkonzerne mit Abschluss des TTIP-Abkommens größer wird?

Bode: Der Einfluss von Lobbyisten auf die Gesetzgebung wird durch TTIP eher noch größer. Besonders kritisch sehen wir den Mechanismus der sogenannten „regulatorischen Kooperation“, der nach

Abschluss des Abkommens weiterbesteht: In TTIP-Expertenausschüssen sollen Technokraten und Beamte in Zukunft ohne jede parlamentarische Kontrolle hinter verschlossenen Türen weitreichende Regulierungsvorhaben initiieren, etwa zu Vorgaben zur Lebensmittelkennzeichnung oder zur Zulassung von Chemikalien. Das öffnet Tür und Tor für noch mehr Lobbyeinfluss.

Nüssel: Die deutsche Land- und Agrarwirtschaft hat in den zurückliegenden Jahren ihre Exportleistung eindrucksvoll gesteigert. Davon haben alle Unternehmen profitiert, nicht nur die Lebensmittelkonzerne.

5. Welche Vorteile bzw. Nachteile können deutsche Verbraucher erwarten?

Bode: Wenn zwischen Europa und USA Zölle weiter gesenkt werden oder unterschiedliche Standards wie Blinkerfarben oder Schraubenlängen angepasst werden, könnten davon alle profitieren: Unternehmen könnten günstiger produzieren und wir Verbraucher könnten uns vielleicht über niedrigere Preise freuen. Aber um technische Standards in USA und Europa anzupassen oder Zölle zu senken, braucht es kein umfassendes Abkommen wie TTIP.

Nüssel: Ein ausgewogenes TTIP-Abkommen kann bei betroffenen Produkten zu niedrigeren Preisen hierzulande führen, vor allem wird der erweiterte Handel Arbeitsplätze sichern. Mit einer Absenkung der EU-Standards zur Lebensmittelsicherheit, wie oft in der öffentlichen Diskussion als drohendes Szenario an die Wand gemalt, rechne ich nicht. Weder das Europäische Parlament noch die nationalen Parlamente würden einem solchen Ergebnis am Ende politisch zustimmen, was erforderlich ist. Das ist auch den Verhandlungsführern in der EU-Kommission sehr bewusst.

Was bedeutet TTIP völkerrechtlich?

Das Transatlantische Freihandelsabkommen, offiziell Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) ist ein aktuell zu vereinbarendes Freihandels- und Investitionsschutzabkommen in Form eines völkerrechtlichen Vertrags zwischen der Europäischen Union (EU) und den USA für insgesamt über 800 Millionen Verbraucher. Es geht

6. Kommt es in absehbarer Zeit zu einer Einigung bei den TTIP-Verhandlungen?

Bode: Das kann im Moment wohl niemand genau sagen. Bundeskanzlerin Angela Merkel will das Abkommen offenbar so schnell wie möglich durchpeitschen, und auch die EU macht Druck. Nächstes Jahr stehen in den USA Präsidentschaftswahlen an. Wenn bis dahin TTIP nicht unter Dach und Fach ist, ist es fraglich, wie es weitergeht. Der Protest und die Ablehnung gegen das Abkommen in der Bevölkerung wächst – in Europa, aber auch in den USA.

Nüssel: EU und USA hatten das ehrgeizige Ziel, die TTIP-Verhandlungen vor der nächsten Präsidentschaftswahl in den USA abgeschlossen zu haben. Es wäre ein hervorragendes Ergebnis, wenn das gelingen sollte, aber mit voranschreitender Zeit und angesichts der vielfältigen weltpolitischen Brandherde könnten die Verhandlungen auf US-Seite im Zusammenhang mit dem heraufziehenden Präsidentschaftswahlkampf ins Stocken geraten.

Die US-Perspektive

„Wir sind der Überzeugung, dass wir Fragen rund um gesundheitsrechtliche Standards für Rind-, Schweine- und Geflügelfleisch klären müssen. Die sind für uns seit langem ein Stachel im Fleisch.“

„Die Europäische Union muss die Genehmigungsverfahren für gentechnisch veränderte Pflanzen beschleunigen und den Antragstellern Verlässlichkeit und Transparenz bieten.“

„Die EU-Zölle sind insgesamt höher als die der USA, und das erschwert den Marktzugang.“

Bob Stallman, Präsident des US-Bauernverbandes AFBF (American Farm Bureau Federation)

um tarifäre Beschränkungen (Zölle, Steuern etc.) und um nichttarifäre Auflagen (z. B. Importquoten, technische Standards/Normen).

Die genauen Vertragsbedingungen werden seit Juli 2013 ausgehandelt, beteiligt sind 20 Arbeitsgruppen, u. a. „Agrar“ und „Lebensmittelsicherheit/Pflanzenschutz“. Die 12. Verhandlungsrunde ist auf Dezember 2015 terminiert.

ba